



# NRW-Info



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland  
LV NRW e.V.

[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)

## BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN Februar 2009

+++ **Inhalt:** Titel: Gewässerschutz in NRW, Wasserrahmenrichtlinie: Einmischen lohnt sich - S. 2-3 +++ Erft soll wieder Fluss werden, Zukunftsscouts in Aktion - S. 4  
+++ Wie das RWE unsere Wälder verheizen will - S. 5 +++ Verfassungsbeschwerde gegen Garzweiler, Düsseldorfer Kohlekraftwerk vor dem Aus - S. 6 +++ BUND renaturiert Kattenstein-Höhle, Einigung im Streit um Brücke im Nationalpark - S. 7 +++ MVA-Überkapazitäten heizen Müllimporte an, Impressum - S. 8 +++



**Gewässerschutz in NRW**

# Alles im Fluss?

## Fortschritt oder Flop für unsere Gewässer?

Große Ziele hatte Umweltminister Uhlenberg am 22.12.2008 zu verkünden: Bis 2027 sollen 2.200 Kilometer Gewässer in Nordrhein-Westfalen ökologisch verbessert werden. Etwa 80 Mio. Euro sollen dafür ab 2010 jährlich zur Verfügung stehen. Damit sollen die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie erfüllt werden. Die Details werden in Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen für die Gewässer und das Grundwasser geregelt. Jetzt ist die Öffentlichkeit aufgerufen, zu diesen Planungen Stellung zu nehmen und Anregungen und Kritik in den Planungsprozess einfließen zu lassen.



Die Untersuchungsergebnisse der letzten Jahre unterstreichen deutlich, was der BUND bereits seit vielen Jahren immer wieder kritisiert: es steht schlecht um den ökologischen Zustand unserer Gewässer. Auch wenn sich die Belastung der Bäche und Flüsse durch Abwässer und direkte Einleitungen verringert hat, sind viele andere Defizite geblieben. Insgesamt wird der ökologische Zustand laut Be-

wirtschaftungsplan NRW nur für etwa 8,5 % der gesamten untersuchten Fließstrecke in NRW als gut oder sehr gut eingestuft. Dabei wurden für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nur ca. 14.000 der insgesamt ca. 50.000 Kilometer Gewässernetz in NRW untersucht. Die Gewässerexperten des BUND befürchten daher, dass in den nicht untersuchten Bächen der Anteil schlechter Zustände noch deutlich höher liegt.

„Besonders Ausbau und Begrüdigung fast aller Gewässer und viele diffuse Einträge tragen zur schlechten Bewertung bei“, bestätigt Dr. Christoph Aschemeier, Projektleiter des *Wassernetz NRW*. Vor allem die Wiederherstellung einer naturnahen Gewässerstruktur und schützender Uferbereiche sind nach seiner Ansicht nötig, damit sich zukünftig der gute ökologische Zustand wieder einstellen kann.

Um das Problem der mangelhaften Gewässerstrukturen zu umgehen, weist Nordrhein-Westfalen mittlerweile fast 60 % der Gewässer als erheblich verändert bzw. künstlich aus. Für diese Gewässerkategorie gilt, dass die naturferne Struktur weitgehend erhalten bleiben muss, um die bestehenden Nutzungen nicht zu gefährden. Der Zustand muss „nur noch“ das gute ökologische Potenzial erreichen, ein Zustand, der bis heute in ganz Europa nicht abschließend definiert worden ist. Viele Nutzer verbinden allerdings mit diesem Begriff, dass Verbesserungsmaßnahmen auf ein Mindestmaß beschränkt werden sollen.

Auch beim Thema Grundwasser bleibt noch viel zu tun. Mehr als 30 % der Grundwasserfläche in Nordrhein-Westfalen überschreiten die zulässigen Konzentrationen für Nitrat. Immer noch sind gerade für diesen Stoff steigende Trends in einigen Grundwasserkörpern erkennbar. Wenig verwunderlich ist dabei, dass diese Grundwasserkörper in den intensiv landwirtschaftlich genutzten Regionen des Landes liegen. Auch viele weitere gefährliche Stoffe werden nach wie vor in unserem Grundwasser nachgewiesen. Leider gelten sie jedoch oft nicht als „wasserrahmenrichtlinienrelevant“, da ihr Nachweis die komplizierten Anforderungen der Bewertungsvorschriften in NRW nicht erfüllt.

Wie geht es also weiter mit dem Gewässerschutz in NRW? Reichen die Pläne des Landes für die Verbesserung des Zustandes tatsächlich aus und kommen die Maßnahmen in den richtigen Gewässern an?

Bei den bisherigen Diskussionen über die konkrete Umsetzung können Zweifel daran aufkommen. Viele Nutzergruppen - allen voran die Landwirtschaft - sträuben sich gegen die Renaturierung der Gewässer oder eine sinnvolle Reduktion des Düngemittel- und Pestizideinsatzes. Auch sind nach wie vor viele Akteure nur unzureichend über die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie informiert. „Wir sollten die jetzt anlaufende Öffentlichkeitsbeteiligung nutzen, um die

Anforderungen des BUND an die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie deutlich zu machen,“ sagt Paul Kröfges, der Vorsitzende des BUND NRW. „Dort wo die Ziele nicht erreicht werden, müssen wir

Nachbesserungen einfordern.“ Unterstützung für Ihre Stellungnahme finden Sie im Projekt *Wassernetz NRW*. Es bietet Informationen und Arbeitshilfen zum Umgang mit den amtlichen Dokumenten und koordiniert die Erstellung einer gemeinsamen Stellungnahme der Naturschutzverbände in NRW. (ca)

*„Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“*

Erster Erwägungsgrundsatz der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Jetzt sind BürgerInnen gefragt

## Einmischen lohnt sich

Bereits seit acht Jahren läuft das Verfahren zur Aufstellung der Bewirtschaftungspläne. Ziel ist es, unsere Gewässer bis 2015 in einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu versetzen. Ist es daher nicht an der Zeit, endlich zu handeln? Warum Zeit für noch eine Stellungnahme verschwenden?

Zunächst einmal: Dies ist das einzige rechtlich verbindliche Beteiligungsverfahren, das die Wasserrahmenrichtlinie (Art. 14) vorsieht. Nur die Umsetzung und die Ergebnisse dieser Stellungnahme müssen an die EU berichtet werden. Jeder Staat ist verpflichtet, die entsprechenden Anhörungen durchzuführen.

Die bisherige Beteiligung erfolgte auf freiwilliger Basis und richtete sich vor allem an die Fachöffentlichkeit, z.B. andere Behörden, Kommunen und Interessengruppen wie Industrie, Denkmalschutz oder Landwirtschaft. Die Naturschutzverbände wurden zwar beteiligt, doch eine intensive Auseinandersetzung war bislang für das Ehrenamt kaum möglich. Glücklicherweise hat es in NRW eine vorbildliche Unterstützung durch die Förderung des *Wassernetz*-Projekts seitens der Stiftung für Umwelt und Entwicklung und das Umweltministerium gegeben. Das Wassernetz NRW kann trotz aller Erfolge allerdings nicht die flächendeckende Präsenz in den regionalen Veranstaltungen garantieren.

Aus diesem Grund und weil es bislang nur wenige öffentlich zugängliche Informationen zum Planungsprozess gab, kann eine intensive Auseinandersetzung mit der konkreten Maßnahmenplanung für die Region (Betroffenheit einzelner Gewässer, Schutzgebiete, Personen, Aktivitäten der Verbände) erst jetzt erfolgen. Jetzt müssen alle Rahmenbedingungen, Monitoring-ergebnisse und Planungen auf den Tisch, Verzögerungen sind nicht mehr zulässig.

BUND-Aktive haben jetzt Gelegenheit, eigene Vorstellungen und Ideen in den Planungsprozess einzubringen. Daher unser Appell: Schildern Sie Ihre Erwartungen an den künftigen Zustand der Gewässer und machen Sie Vorschläge, was zur Verbesserung des Zustands zu tun ist. Einmischen lohnt sich! Ganz wichtig: Auch Naturschutzverbände können Maßnahmenträger sein, vor allem wenn zukünftig entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Nicht zuletzt ist es auch wichtig, dass sich über die hauptamtlichen Vertreter hinaus jetzt tatsächlich die Bürgerinnen und Bürger zu Wort melden. Erst durch eine Vielzahl von persönlichen Eingaben gewinnt unsere Meinungsäußerung Gewicht. Bitte zeigen Sie den Behörden, dass der Satz „das interessiert den Bürger doch eigentlich gar nicht“ falsch ist! (ca)

### HINTERGRUND

Ziel: Guter Zustand

„WRRL“: Die Abkürzung geht einfacher über die Zunge als der offizielle Titel: „Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik“. Schon seit mehr als acht Jahren ist die EG-Wasserrahmenrichtlinie jetzt in Kraft.

Vorrangiges Umweltziel der WRRL ist es, bis zum Jahr 2015 einen „guten ökologischen und chemischen Zustand“ für alle Gewässer zu erreichen. Erreicht werden soll dies durch umfassende Bewirtschaftungspläne, die klare Entwicklungsziele und Maßnahmen enthalten.

Aber die Richtlinie enthält noch weitere Neuerungen: .

- Die flussgebietsweite Planung stellt das Ökosystem Fluss in den Mittelpunkt und fordert die Abkehr vom sektoralen Verwaltungsdenken.
- Festgelegte Fristen strukturieren den Planungsprozess und machen Verzögerungen teuer.
- Mit Inkrafttreten der Richtlinie am 22.12.2000 gilt ein Verschlechterungsverbot für den Zustand aller Gewässer und Grundwasservorkommen.
- Die Zustandsbewertung aller Gewässer richtet sich vorrangig nach ökologischen Kriterien. Der gute Zustand wird nur erreicht, wenn die Tier- und Pflanzenwelt weitgehend dem Leitbild der Gewässer entspricht.
- Bei der Maßnahmenplanung müssen ökologische und ökonomische Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.
- Bereits für den Planungsprozess ist eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit Pflicht.

Die Wasserrahmenrichtlinie ist die konsequente Fortsetzung der bisherigen Wasserschutzpolitik der EU. Auch wenn viele Einzelrichtlinien zukünftig darin aufgehen, muss auch weiterhin sichergestellt sein, dass alle geltenden Schutzziele nicht unterlaufen werden können.



Dr. Jansen

Das Wassernetz NRW unterstützt alle ehrenamtlichen Naturschützer bei ihrer Beteiligung an der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Dr. Christoph Aschemeier steht Ihnen als Ansprechpartner für Fragen rund um die WRRL zur Verfügung. Auf der Internetseite [www.wassernetz-nrw.de](http://www.wassernetz-nrw.de) und im Handbuch „Wasserrahmenrichtlinie und Naturschutz“ finden Sie alle wichtigen Informationen über die Ziele der WRRL und Ihre Beteiligungsmöglichkeiten.

Kontakt: Wassernetz NRW, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-27, Email: [info@wassernetz-nrw.de](mailto:info@wassernetz-nrw.de)



## Naturnahes Gewässer statt Abwasserkanal Erft soll wieder Fluss werden

Die Erft ist ein 107 km langer linksseitiger Nebenfluss des Rheins, der in der Eifel entspringt und bei Neuss mündet. Die Erft hat zwei Hauptprobleme: zum einen ist wie an den meisten Flüssen in NRW die Fisch-Durchgängigkeit durch mehr als 100 Querbauwerke sehr stark eingeschränkt. Zum anderen wurde durch das Einleiten warmen Sumpfungswassers aus den Braunkohletagebauen die Wassermenge im Unterlauf von durchschnittlich 5 m<sup>3</sup>/sec in den 50er Jahren auf ca. 30 m<sup>3</sup>/sec in den 1970er Jahren erhöht. Der Fluss wurde hierfür begradigt und die Sohle stark verbreitert. Mittlerweile sind die Wassermengen aber auf durchschnittlich unter 10 m<sup>3</sup>/sec gesunken. Nach Tagebauende Mitte des Jahrhunderts wird die Wassermenge wegen des langfristig abgesunkenen Grundwasserspiegels sogar auf 1 – 2 m<sup>3</sup>/sec zurückgehen.

Um diesen Problemen entgegenzutreten, hat der Erft-Verband im Jahre 2004 ein Perspektivkonzept erarbeitet. Danach soll die Erft bis 2045 wieder zu einem naturnahen Fluss zurückgebaut werden. Da die Politik es versäumt hat, das RWE als Hauptverursacher zum Rückbau zu verpflichten, soll der Steuerzahler den Großteil der Kosten tragen. Mehr als 50 Millionen Euro zahlt der Staat, knapp 10 Millionen der Erftverband. RWE Power kommt mit 8 Millionen Euro billig davon.

minister Uhlenberg (CDU), sowie Vertreter des Erft-Verbandes und RWE-Power eine Rahmenvereinbarung für den Umbau der Erft. Der genaue Wortlaut der Vereinbarung wird unter Verschluss gehalten. Während die Landesregierung diese Vereinbarung als großen Erfolg feierte, hält der BUND sie für einen Skandal: Wieder einmal wird der Steuerzahler für die durch den Braunkohletagebau verursachten Ewigkeitsschäden zur Kasse gebeten.

Auch wenn der BUND die Inhalte des Renaturierungskonzepts begrüßt, bleiben viele ungelöste Probleme. Niemand weiß zum Beispiel, ob die Besitzer der benötigten Flächen und Wasserrechte diese auch abtreten. Niemand kann heute sagen, ob Querbauwerke wie Mühlen und Wehre aus Denkmalschutzgründen überhaupt entfernt werden dürfen. Ob die geplanten 70 Millionen Euro ausreichen, ist ebenso ungewiss wie die Akzeptanz bei Kommunen und BürgerInnen. Deshalb besteht die Gefahr, dass nur einige Teile des Konzeptes umgesetzt werden können und die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie dauerhaft unerreichbar bleiben.

Das Beispiel zeigt: Trotz guter Vorsätze und rechtlicher Vorgaben können die ökologischen Sünden der Vergangenheit nur schwer getilgt werden. (RoBe)



Im September 2008 unterzeichneten Umwelt-

## Umweltkids mobilisieren für autofreien Tag Zukunftsscouts in Aktion

Der steigende CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre ist mitverantwortlich für die Erderwärmung. Das wissen auch die Rödinghauser Umweltkids. Doch was können sie dagegen tun? Im Juni 2008 stellten die sechs Jungen und Mädchen bereits einen autofreien Sonntag in Rödinghausen auf die Beine, um für den klimafreundlichen Verkehr zu werben. Am 1. Mai 2009 wollen die Zukunftsscouts wieder aktiv werden und mit ihren Aktionen die Erwachsenen wach rütteln und auffordern, weniger das Auto zu nutzen. So wird es an diesem Tag in Rödinghausen erneut ein buntes autofreies Programm geben. Ein Seifenkistenrennen zeigt dabei nur eine Möglichkeit, wie man sich auch ohne „CO<sub>2</sub>-Schleudern“ bewegen kann.

Denn die engagierten Zukunftsscouts denken weiter. Damit nicht nur die Rödinghauser ihre Autos in der Garage lassen, haben die Zukunftsscouts Briefe an Bekannte im europäischen Ausland geschrieben, um sie zum Mitmachen zu animieren. JedeR kann dabei mitwirken und die Umweltkids unterstützen.

Die Rödinghauser Umweltkids beteiligen sich mit ihren Aktionen am BUNDjugend-Wettbewerb Zukunftsscouts, der in eine neue Runde gestartet ist. Alle 11- bis 15-jährigen sind aufgerufen, sich mit kreativen großen und kleinen Ideen für den Natur-, Umwelt- und Klimaschutz einzusetzen. Bis Juni 2009 werden monatlich die besten Aktionen als „Zukunftsscouts-Highlights“ prämiert, außerdem nehmen die Zukunftsscouts aus NRW automatisch am bundesweiten Wettbewerb TRIologisch teil. Einsendeschluss ist der 1. Juni 2009. (co)

**Mehr Infos:** Unter [www.teuto-ohne-auto.de](http://www.teuto-ohne-auto.de) finden Sie Näheres zum Autofreien Tag in Rödinghausen. Weitere Informationen zum Wettbewerb „Zukunftsscouts – zeigen wo's langgeht!“ gibt es unter [www.zukunftsscouts.de](http://www.zukunftsscouts.de)



Werbeeinsatz für den autofreien Erlebnistag in Rödinghausen 2009.  
Foto: BUNDjugend

## Wie das RWE unsere Wälder verheizen will

In NRW geraten die Wälder immer stärker unter Nutzungsdruck. Vor dem Hintergrund der weltweit steigenden Holznachfrage und dem Biomasseboom droht dem Wald außerhalb der Schutzgebiete massive und dauerhafte Zerstörung. Unsere heimischen Waldökosysteme drohen im wahrsten Sinne des Wortes verheizt zu werden.

Unter dem Etikett „Öko“-Kraftwerk plant alleine die RWE-Tochter Innogy etwa 20 große Biomasseheizkraftwerke in Deutschland. In Troisdorf soll jetzt z.B. das NRWweit zweite RWE-Werk dieser Art entstehen. Zu deren Beschickung sind bereits Verträge mit öffentlichen und privaten Großwaldbesitzern abgeschlossen oder in Vorbereitung, die dazu führen werden, dass mehr Holz dem Wald entnommen wird, als dies bei naturnaher Nutzung möglich ist.

Peter Wohlleben, Förster in der Eifel und Autor des Buches „Holzrausch“ meint hierzu: „Diese Biomassekraftwerke sind für den Wald eine Katastrophe. Sie werden in aller Regel mit „Waldrestholz“ betrieben, also genau der Biomasse, von der die Forstwirtschaft jahrzehntelang erklärte, sie bleibe aus ökologischen Gründen im Wald.“ Besonders verheerend ist der Einsatz des so genannten „Woodcrackers“ und anderer schwerer Maschinen, wie z.B. bei der Aufarbeitung von Kyrill-Schäden im Sauerland, durch deren Vibrationen der Waldboden irreparabel geschädigt wird. Durch die Entnahme von Wurzel- und Kronenholz und jeglichem Geäst wird die Nährstoff- und Humusbilanz dermaßen aus dem Gleichgewicht gebracht, dass die Begriffe Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Biomasse hier nur noch als inhaltsleere Worthülse empfunden werden können.

Als der BUND unlängst Umweltminister Eckhard Uhlenberg und dessen Staatssekretär Alexander Schink auf diese Fehlentwicklung hinwies und eine Kurskorrektur forderte, gab es nur ein Achselzucken, „Was sollen wir denn machen? Sie fordern doch auch ständig den Ausbau der erneuerbaren Energien.“

Hier wird offensichtlich Schindluder mit einem berechtigten Anliegen getrieben. Dezentrale Biomasse-Nutzung mit Resten aus der Holzverarbeitung, Grünabfällen, Gülle etc. ist sicher ein Beitrag zur Problemlösung, aber Großanlagen der RWE-Klasse erzeugen einen problematischen Sog auf Wald und Holz.

Diesem will man dann auch durch „Kurzumtriebsplantagen“ und „Agroforstsysteme“ gerecht werden, d.h. der maschinengerechten Anpflanzung von alle 6 bis 10 Jahren großflächig abzuerntenden Pappeln, Weiden und anderen, schnell wachsenden und geklonten Baumarten. Diese Monokulturen zerstören entweder ehemalige Waldböden oder stehen in Konkurrenz zur

Lebensmittelerzeugung, sind für die Biodiversität so gut wie verloren und haben eine fragwürdige CO<sub>2</sub>-Bilanz. Trotzdem steht eine Vielzahl von Verbandslobbyisten und Fachgutachtern der Energie-, Holz- und Forstwirtschaft - erstaunlicherweise auch einige Naturschutzvertreter - geradezu euphorisch bereit, dieser technisierten Produktionsweise zum Durchbruch zu verhelfen, alles unter dem Deckmantel von Bio, Öko, Nachhaltigkeit, regenerativer Energie, Klimaschutz etc.

Der BUND bleibt gegenüber dieser Goldgräberstimmung skeptisch und wachsam. Es ist zu befürchten, dass die Energiekonzerne ohne Rücksicht auf Natur- und Erholungswälder ihre Claims abstecken und uns dies zu allem Überfluss als „neue Nachhaltigkeit“ verkaufen wollen. Vollholzentnahme und Kurzumtriebsplantagen mögen sich zwar für die Energiemultis rechnen, ökologisch vertretbar sind sie nicht. (pk)



Der Einsatz von Woodcrackern und anderem schweren Gerät hinterlässt „verbrannte Erde“.

Fotos: BUND-Archiv

**Mehr Infos:** BUND-Landesarbeitskreis 'Wald und Stadtbäume', Horst Meister, horst.meister@bund.net

**Literaturtipps:** Das Buch „Holzrausch“ erschien im adatia Verlag, ist in jeder Buchhandlung oder auch über das Internet bestellbar. [www.peter-wohlleben.de](http://www.peter-wohlleben.de)

### Leserbrief

Zum Artikel **Ausverkauf des Waldes?** im NRWinfo 4-2008 schreibt Franz Josef Vollmer aus Warstein:

„Das Vorhaben vom Land NRW, 3.000 ha Wald zu privatisieren ist in der heutigen Zeit ein Rückfall in den Frühkapitalismus. Der Wald gehört insbesondere im Hinblick auf Klima, Wasserhaushalt, Natur und Erholungswert in die Hand der Allgemeinheit, ist Volksgut und darf damit nicht der Bereicherung Einzelner dienen. Professor Eric John Ernest Hobsbawm schrieb dazu: „Ein Staat, der alle das Kollektivinteresse berührende Aufgaben und Besitz dem Privatsektor überträgt und damit der Gewinnmaximierung unterwirft, ist ein gescheiterter Staat.“ Die Privatisierung landes- und staatseigener Wälder muss unbedingt verhindert werden.“

Streit um Braunkohlentagebau vor höchstem Gericht

## Verfassungsbeschwerde gegen Garzweiler II

Anfang Dezember 2008 hat der BUND beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Beschwerde wegen der Zwangsenteignung der Obstwiese im Braunkohlentagebau Garzweiler eingereicht. Die Verfassungsbeschwerde ist der Höhepunkt des nun schon zwanzig Jahre andauernden Kampfes gegen diesen ebenso schädlichen wie überflüssigen Tagebau.

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Beschwerde wegen der Nicht-Zulassung der Revision in dem Enteignungs-Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom Dezember 2007 zurückgewiesen hatte, ist die Beschwerde vorerst die letzte Möglichkeit, das „Wahnsinnprojekt Garzweiler II“ doch noch zu stoppen. Mit dem BUND legte auch ein

Privatkläger aus dem unmittelbar von den Baggern bedrohten Ort Immerath Verfassungsbeschwerde ein.

Der BUND hält den gravierenden Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen wegen der Allgemeinwohl-schädlichkeit des Tagebauvorhabens für verfassungswidrig. Bergrecht dürfe nicht Grundrecht brechen. Paul

Kröfges, BUND-Landesvorsitzender: „Der Begriff des Allgemeinwohls wurde durch die Verwaltungsgerichte pervertiert. Klimaschädigung, Landschaftszerstörung und Menschenvertreibung nur für den Profit des RWE - das muss aufhören. Die Gewinnung und Nutzung von Braunkohle dient nicht dem Wohl der Allgemeinheit - im Gegenteil.“ Der BUND hofft jetzt auf eine Neubewertung des antiquierten Bergrechts durch das höchste deutsche Gericht.

Der Widerstand von BUND und Betroffenen gegen das „Jahrhundertprojekt Garzweiler II“ hält inzwischen mehr als 20 Jahre an. Im Jahre 1987 wurde das Genehmigungsverfahren eingeleitet. Trotz etlicher Klagen und juristischer Teilerfolge konnte der Tagebau bislang nicht gestoppt werden. Der Widerstand kulminierte im Januar 2008, als AktivistInnen die BUND-Obstwiese im Abbaufeld Garzweiler zehn Tage besetzten, ehe die RWE Power AG das BUND-Eigentum durch ein Großaufgebot der Polizei räumen ließ.

Die Obstwiese lebt unterdessen weiter. Gerade noch rechtzeitig haben die BUND-Aktivisten Ableger gezogen, die jetzt zu neuen Bäumchen heranwachsen. Sie sollen an einem symbolträchtigen Ort wieder eingepflanzt werden. (dj)

Alle weiteren Garzweiler-/Obstwiesen-Infos unter [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/braunkohle/tagebaue\\_im\\_rheinland/tagebau\\_garzweiler/bund\\_gegen\\_garzweiler\\_ii/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle/tagebaue_im_rheinland/tagebau_garzweiler/bund_gegen_garzweiler_ii/)

Zuvor hatte der BUND in einer 82-seitigen Stellungnahme zahlreiche Mängel und Rechtsverstöße des beantragten Vorhabens dargelegt. Insbesondere wären durch das Kraftwerk gravierende Konflikte mit den Vorgaben zum Schutz des Rheins und seiner seltenen Fischarten sowie mit der Luftreinhalteplanung vorprogrammiert. Mit dem jährlichen Ausstoß von mehr als 2,5 Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid würden zudem alle Klimaschutzziele der Landeshauptstadt unerreichbar.

Für Mitte Februar ist nun eine weitere Aufsichtsratssitzung terminiert. Der BUND erhofft sich davon das endgültige Aus für das Steinkohlekraftwerk. (dj)

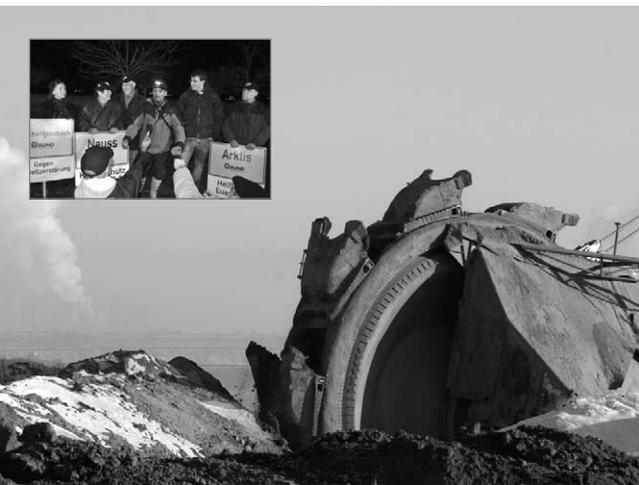
Mehr Infos: [www.duesseldorf-astrhein.de](http://www.duesseldorf-astrhein.de)



Gemeinsam gegen den Kraftwerks-Block C (v.l.n.r.); Paul Kröfges (BUND-Landesvorsitzender), Mona Neubaur und Dirk Jansen (ASTR(H)EIN).

Die BUND-AktivistInnen kurz vor der Obstwiesenräumung am 10. Januar 2008 und die Situation exakt ein Jahr später.

Fotos: D. Jansen, P. Kerkhoff, Heinsberger Zeitung



Ganz Düsseldorf gegen Klimakiller

## Kohlekraftwerk vor dem Aus

Das in Düsseldorf geplante 400 Megawatt-Steinkohlenkraftwerk steht kurz vor dem Aus. Monatlang hatte der BUND gemeinsam mit dem Düsseldorfer Aktionsbündnis „Sauberer Strom am Rhein - ASTR(H)EIN“ gegen das Vorhaben mobil gemacht. Mit Demos, Informationsveranstaltungen, kontinuierlicher Pressearbeit und Briefen an die Ratsmitglieder hatten die Kraftwerksgegner vor den Gefahren gewarnt und für umweltverträgliche Alternativen geworben. Kurz vor der entscheidenden Aufsichtsratssitzung der vom Strommulti Energie Baden-Württemberg (EnBW) beherrschten Stadtwerke, sprachen sich nach den GRÜNEN, der LINKEN und der SPD auch die CDU und FDP geschlossen gegen den Klimakiller aus. Daraufhin kündigten die Stadtwerke Düsseldorf an, das Vorhaben nicht gegen den Willen der Stadt realisieren zu wollen. Der BUND forderte daraufhin, dass der Genehmigungsantrag zurückgezogen werden müsse, bislang leider ohne Erfolg.

## Einigung im Brückenstreit

Schon seit langem mit Sorge betrachten die Naturschutzverbände die vielen Negativentwicklungen, die das einstige „Leuchtturmprojekt Nationalpark Eifel“ entwerfen. Die lange Serie von nationalparkschädlichen Entwicklungen gipfelte kurz vor Weihnachten im Baubeginn einer umstrittenen Brücke über den Urftsee - mitten im Nationalpark. Nicht nur, dass diese Brücke von vielen als überflüssig und schädlich angesehen wird. Obendrein drohten die Baumaßnahmen ausgerechnet die Winterquartiere der streng geschützten Mauereidechse zu beschädigen.

Unterstützt von den Naturschutzverbänden NABU und LNU beantragte der BUND beim Verwaltungsgericht Aachen eine einstweilige Anordnung für einen Baustopp der geplanten Brücke. Der BUND machte geltend, dass für das Bauvorhaben weder eine Umweltverträglichkeitsprüfung noch das erforderliche Planfeststellungsverfahren durchgeführt worden sei. Ferner sei auch die gesetzlich erforderliche Beteiligung der Naturschutzverbände unterblieben.

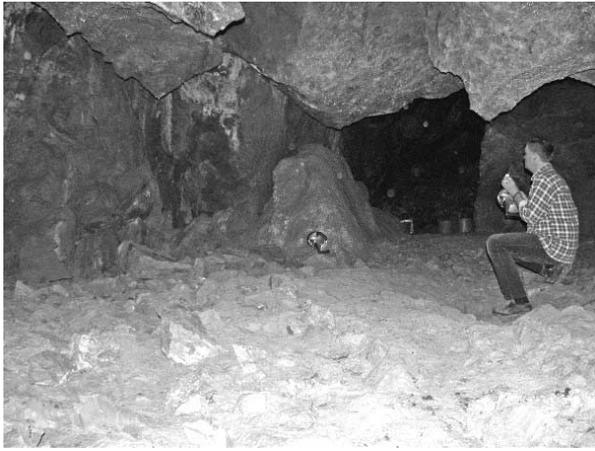
Der Kreis Euskirchen lenkte ein und stoppte alle Bauarbeiten. Auf einem „Krisengipfel“ einigten sich alle Beteiligten schließlich nach kontroversen Verhandlungen auf einen Kompromiss. Dieser sieht zum Schutz der Mauereidechsen eine Verschiebung der Bauarbeiten und weitere Verbesserungen für den Naturschutz im Nationalpark Eifel vor. Zwar konnte das Brückenbauwerk letztendlich nicht verhindert werden, dennoch bedeutet die Einigung einen Gewinn für den Naturschutz. (dj)

### Tagpfauenauge ist Schmetterling des Jahres

Die großen Augenflecken, die dem Pfauenauge seinen Namen gegeben haben, nutzt der Schmetterling als Schutz gegen seine Fressfeinde. Bei Gefahr klappt er die Flügel ruckartig auseinander und zeigt seine Flügeloberseiten mit den Augen. Dem Fressfeind wird so vorggaukelt, ein großes Tier schaue ihn an. Im Ruhezustand klappt der Schmetterling die Flügel zusammen und sieht aus wie ein trockenes Blatt.

Pfauenaugen gehören zu den häufigsten Tagsschmetterlingen in Deutschland und sind mit Ausnahme des hohen Nordens in ganz Europa und Asien beheimatet. Ebenso wie viele andere Falter ernähren sich die Raupen von Brennnesseln. Schmetterlingsliebhaber sollten deshalb in ihrem Garten immer einige dieser Pflanzen stehen lassen.

Der Schmetterling des Jahres wird seit 2003 gemeinsam von der BUND NRW Naturschutzstiftung und der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. gewählt. (jb)



BUND-Archiv

Nach der Reinigungsaktion durch die BUND-AktivistInnen präsentiert sich die Kattensteinhöhle wieder im ursprünglichen Zustand.

## Kattensteinhöhle dauerhaft gesichert: BUND renaturiert Höhle

Die BUND NRW Naturschutzstiftung hat die östlich von Kallenhardt im Kreis Soest gelegene »Höhle im Kattenstein« erworben. Mit über 200 Metern Ganglänge gehört sie zu den bedeutendsten und schönsten Naturhöhlen des nördlichen Sauerlandes.

Die Höhle bietet Lebensraum für typische auf Höhlen spezialisierte Flohkrebse, Asseln, Mücken und Milben und steht seit 2004 unter Naturschutz. Viele Fledermäuse nutzen die touristisch nicht erschlossene Höhle als Winterquartier. Als Teil des Netzwerkes »Natura 2000« genießt die Kattensteinhöhle auch europäischen Schutz.

Der Eingang wurde jahrzehntelang als Schuttanlageplatz benutzt. In monatelanger Arbeit entfernten die ehrenamtlichen Mitglieder der BUND-Ortsgruppe Lörmecketal und der Arbeitsgemeinschaft »Höhle und Karst Lippe« große Mengen Müll aus der Höhle, reinigten die Wände und überführten die Höhle wieder in einen naturnahen Zustand. Der Höhleneingang wurde von der Unteren Landschaftsbehörde mit einem Gitter verschlossen, um den Fledermäusen den ungestörten Ein- und Ausflug zu ermöglichen und um die Hallen und Gänge künftig vor Verschmutzung, Trittbelastungen und Vandalismus zu schützen.

Die Kattensteinhöhle liegt im Massenkalk des oberen Mitteldevons und besitzt nur einen Eingang, wobei die Höhlenräume unterhalb dieses Eingangs liegen (»Eiskellertyp«). Es kommt daher im Winter häufig zu einer starken Nebelentwicklung am Eingang. Diese physikalische Erscheinung ist in keiner anderen Sauerland-Höhle so eindrucksvoll zu beobachten. Der Nebel bildet sich, wenn die feuchte und relativ wärmere Luft aus der Höhle ausströmt und der Wasserdampf draußen an der kalten Luft kondensiert. Im Sommer weist die Höhle niedrige Innentemperaturen auf, da die schwere Kaltluft in den tieferen Bereichen nahezu ohne Austausch bleibt. (jb)



## Bund fordert Genehmigungsstopp für Abfallverbrennungsanlagen Überkapazitäten heizen Abfalltourismus an

Angesichts zunehmender Kapazitäten zur Abfallverbrennung fordert der BUND einen Genehmigungsstopp für den Bau neuer Anlagen. Im Rahmen einer Landespressekonferenz im Düsseldorfer Landtag kritisierten der BUND die derzeitige Abfallpolitik von Bund und Ländern. Während die Vermeidung und stoffliche Verwertung von Abfällen stagniere, seien zahlreiche ressourcen- und energievergeudende Abfallverbrennungsanlagen in Bau oder Planung. Der Bau neuer Müllöfen werde unweigerlich dazu führen, dass die Kapazitäten in Deutschland den Bedarf bei weitem übersteigen. Zusätzliche Abfallimporte wären unabweichlich.

Bis 2015 könnten nach Voraussagen des Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos Überkapazitäten von bis zu 30 Prozent entstehen. Die mengenmäßig größte Steigerungsrate hätte demnach Nordrhein-Westfalen.

Die 16 NRW-Hausmüllverbrennungsanlagen verfügen dabei schon jetzt über eine nutzbare Kapazität von 5,6 Mio. Jahrestonnen, dazu kommen 6 Anlagen für Klärschlämme und 13 Sonderabfallverbrennungsanlagen. Insgesamt liegt deren genehmigte Kapazität bei 6,8 Millionen Jahrestonnen. Neben diesen Verbrennungsanlagen werden in NRW aber auch zurzeit 45 Kraftwerke und Feuerungsanlagen betrieben, in denen als „Ersatzbrennstoff“ umdeklarierte Abfälle - wie z.B. Holz, Klärschlamm oder Papier - verbrannt werden. Deren Kapazität beläuft sich auf jährlich etwa 4,6 Mio. t. Mit einer gesamten Verbrennungskapazität von mehr als 11,4 Millionen

Jahrestonnen ist NRW deutschlandweit „Müllverbrennungschampion“. Dabei ist die Menge an Siedlungsabfällen seit 1995 kontinuierlich rückläufig.

Rein rechnerisch werden in Nordrhein-Westfalen bereits jetzt rund ein Zehntel der im Land vorhandenen Kapazitäten der Hausmüllverbrennungsanlagen mit Importmüll beschickt. Insgesamt werden jährlich rund 1,8 Millionen Tonnen Müll aus dem Ausland importiert, darunter knapp 570.000 Tonnen gefährlicher Abfälle. Aus 34 Ländern werden Abfälle eingeführt. Zwar ist gegenüber 2004 eine Abnahme dieser Importmüllmengen um etwa 1,2 Mio. t/a zu verzeichnen, dieser positive Trend droht aber umgekehrt zu werden. Etwa 700.000 t des Importmülls werden verbrannt oder „thermisch verwertet“. Letzteres ist nichts anderes als eine Müllverbrennung bei gleichzeitiger Energiegewinnung. Letztendlich werden dadurch die ökologisch wesentlich günstigere stoffliche Verwertung ausgehebelt und die gesetzlich vorrangige Abfallvermeidung blockiert. Müll wird zum „nachwachsenden Brennstoff“ geadelt. Ein Unding, findet der BUND.

Politik und Teile der Industrie sehen das offenbar anders. Seit 2005 wird der Neu- oder Ausbau der Kapazitäten von Müllverbrennungsanlagen um etwa 1 Millionen Tonnen voran getrieben. Dazu kommen neun von privaten Investoren geplante so genannte EBS-Kraftwerke mit einer Kapazität von bis zu 1,4 Millionen t/a. Ein Bedarf dafür gibt es nicht. Selbst Branchenriesen wie die Firma Remondis warnen vor den Folgen dieser abfalltechnischen Aufrüstung: Umweltdumping, Wettbewerb um jeden Preis und ein angeheizter Mülltourismus würden die Folge sein. Die VerbraucherInnen und die Umwelt wären wieder einmal Verlierer. (dj)

**Mehr Infos:** [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/abfallpolitik/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/abfallpolitik/)



D. Jansen

### +++ kurz und bund +++

► **Umweltbildung mit der NUA:** Auch in 2009 bietet der BUND im Rahmen der Kooperation mit der Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) wieder ein vielfältiges Fortbildungsprogramm an. Die BUND-Veranstaltungen und detaillierte Infos finden Sie auf [www.bund-nrw.de/termine/](http://www.bund-nrw.de/termine/).

► **Veranstaltungen der BUNDjugend 2009:** Zahlreiche Angebote im Bereich der Umweltbildung macht auch die BUNDjugend NRW. Ob Fortbildungsveranstaltungen im Projekt „Umweltbildung in der OGS“ oder Kinder- und Jugendfreizeiten - für jeden ist etwas dabei. mehr Infos: [www.bundjugend-nrw.de/seminare-freizeiten.html](http://www.bundjugend-nrw.de/seminare-freizeiten.html)

**IMPRESSUM:** Das NRW-Info wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.** ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: [bund.nrw@bund.net](mailto:bund.nrw@bund.net), [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) ♦ **V.i.S.d.P.:** Paul Kröfges, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen (dj), Geschäftsleiter; [dirk.jansen@bund.net](mailto:dirk.jansen@bund.net) ♦ **Beiträge zu dieser Ausgabe:** Christoph Aschemeier (ca), Rolf Behrens (RoBe), Jochen Behrmann (jb), Paul Kröfges (pk), Caja Olberding (co) ♦ **Auflage:** 15.600 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ Das NRW-Info erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.03.2009 ♦ © BUND NRW Februar 2009 (Nachdruck oder sonstige

Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW)